Siegerfoto im Zweiten Weltkrieg nach einem erfolgreichen Einsatz: Britische Soldaten im Februar 1940. Popperfoto/Getty Images

Die Schlacht um England

Lügen, Brexit, Chaos: Eine einst grosse Handelsnation ruiniert sich gerade selbst. Warum? Aus Nostalgie nach dem Zweiten Weltkrieg.

Ein Essay von Constantin Seibt, 05.10.2019

> Wir sind das, was wir uns vorstellen. Deshalb sollten wir sehr vorsichtig mit dem sein, was wir uns vorstellen.

Richard Brautigan, Schriftsteller

Es war im Mai 1940. In einem Hinterzimmer in Westminster stritten seit drei Tagen sieben Herren um das Schicksal Englands. Die grosse Frage war: Sollte England kämpfen – oder verhandeln?

Die Nachrichten waren nicht einfach schlecht, sie waren unfassbar schlecht. Holland, Belgien waren überrannt worden, Frankreich so gut wie am Ende, und die Nazis hatten die komplette englische Invasionsarmee an der Küste von Dünkirchen zusammengetrieben. Dort sassen 400'000 Mann ohne vernünftige Hoffnung am Strand, ein leichtes Ziel für die Bomber der deutschen Luftwaffe.

Mussolini liess den Engländern mitteilen, dass jetzt die Zeit für Verhandlungen mit Berlin gekommen war. Darüber debattierte das britische Kriegskabinett. Der Aussenminister Lord Halifax und der Ex-Premier Chamberlain waren für das Verhandeln. Es war Irrsinn, das Leben von Hunderttausenden jungen Engländern für eine verlorene Sache zu opfern.

Premierminister Churchill war dagegen. Er glaubte nicht, dass es bei Verhandlungen etwas zu gewinnen gab – sobald bekannt würde, dass London mit Hitler sprach, würde der englische Kampfgeist endgültig zusammenbrechen. Worum es ging, war nichts anderes als Kapitulation. Und es war klar, was die Deutschen mit einem besiegten Land nicht machen würden: Kompromisse.

Der Streit ging seit drei Tagen hin und her – und mit jeder schlechten Nachricht verschlechterte sich Churchills Position. Paradoxerweise waren vor allem die Parteiführer der Opposition für ihn, die Churchill in seiner langen und lauten Karriere aufs Blut bekämpft hatte. Während die eigene konservative Partei beinah feindlich war. Sie hielt ihn für unzuverlässig, einen Trinker, einen Kriegstreiber und ein notwendiges, aber vorübergehendes Übel.

Kurz: Churchill war zu schwach, um sich ein Machtwort leisten zu können. Er brauchte die Unterstützung aller Anwesenden – aber er war weit davon entfernt.

Am 28. Mai griff er zu einem Trick. Er vertagte die Sitzung auf den Abend. Und berief das ganze Kabinett ein, mit der Begründung, die Entscheidung sei so gross, dass alle sie tragen müssten. Nun sind 27 Mann etwas ganz anderes als 7. Churchill hielt eine flammende Rede, voller Patriotismus, ohne jede Subtilität oder Skepsis, die er noch in den Gesprächen zu siebt gezeigt hatte.

Bereit für eine flammende Rede: Winston Churchill am 28. Mai 1940 auf dem Weg ins Parlament. Popperfoto/Getty Images

Das Ergebnis war ein lautes Hurra.

England verhandelte nicht. England kapitulierte nicht. England kämpfte.

Triumphaler Rückzug: Im Mai und im Juni 1940 werden mehr als 330'000 Soldaten vom europäischen Festland weggeholt, die meisten davon Briten. ullstein bild/United Archives

Der Rest ist Geschichte. Hitler zögerte mit dem Angriffsbefehl. Die deutschen Panzer blieben, wo sie waren. Und wie durch ein Wunder gelang es, auch den Grossteil der britischen Truppen aus Dünkirchen zu retten – der triumphalste Rückzug aller Zeiten.

Später taufte Churchill den Moment der grössten Gefahr und der grössten Schande seit Jahrhunderten «their finest hour» – der grossartigste Moment, den Grossbritannien und das Commonwealth je hatten.

Der Irrsinn und die Insel

In der kaum überblickbaren Flut der Sachbücher zu 70 Jahren Kriegsende in England schaffte es 2015 die Biografie «Der Churchill-Faktor» zum Bestseller. Wegen des Autors: Boris Johnson, seit vergangenem Juli einer von Churchills Nachfolgern als Premier.

Das Buch beginnt wie dieser Artikel: im Mai 1940. Deshalb, weil Churchills Sieg gegen das Kriegskabinett nicht nur den Verlauf des Kriegs prägte. Sondern das Bild und noch mehr das Selbstverständnis Grossbritanniens bis heute: als Land, das kühlen Kopf behält, selbst wenn im Rest Europas der Irrsinn regiert.

Es ist immer ein Risiko, wenn ein Schriftsteller zum Staatschef wird – wie einst Churchill selbst. Johnsons Start als Premierminister ist ein verblüffend genaues Replay seines ersten Kapitels: Wie damals Churchill ist Johnson heute erst wenige Wochen im Amt. Wie er muss er eine schicksalhafte Entscheidung treffen: Der Brexit wird die Zukunft des Landes auf Generationen prägen. Und erneut ist die Nation gespalten. Grossbritannien steckt in der grössten Krise seit 1940.

Nur kommt die Bedrohung nicht mehr von aussen.

Drei Jahre sah Europa verblüfft zu, wie die erfahrene Handelsnation Grossbritannien wie ein Amateur verhandelte. Die Regierung setzte sich selbst mit Ultimaten, roten Linien und enormen Versprechen unter maximalen Druck – ohne dann in Brüssel genau zu sagen, was sie wollte. Als endlich ein Deal stand, war die Enttäuschung brutal – man hatte einen diplomatischen Triumph erwartet, nicht ein bürokratisches Monster. Das Parlament war gelähmt. Über Wochen ergab jede Abstimmung zu jeder denkbaren Brexit-Variante im Parlament ein Nein.

In Johnsons kurzer Regierungszeit wich die Lähmung ihrem ungezogenen Bruder: dem Chaos. Die Regierung trickste das Parlament aus, das oberste Gericht pfiff die Regierung zurück, das Parlament rebellierte, die Regierung verlor die Mehrheit, erst in einer Abstimmung, als der Premier 21 verdiente Konservative als Verräter aus der Partei warf – darunter Nicholas Soames, einen Enkel Churchills.

Das Vergehen der Rebellen war, dass sie gegen einen EU-Austritt ohne Vertrag gestimmt hatten. Dabei war die Überzeugung, dass ein No-Deal-Brexit eine Katastrophe wäre, drei Jahre lang der einzige gemeinsame Konsens aller politischen Lager. Noch bei Amtsantritt im Juli hatte Johnson das Szenario für unmöglich erklärt – er schätze die Wahrscheinlichkeit eines No-Deals auf 1 zu 1 Million. Doch plötzlich war der No-Deal-Brexit das offizielle Regierungsziel – und wer ihn verhindern wollte, beging laut Premier Johnson Betrug am Volk, Verrat am Vaterland und würde eine Kapitulationsurkunde unterzeichnen.

Die Frage ist: Was zum Henker ist in die Briten gefahren?

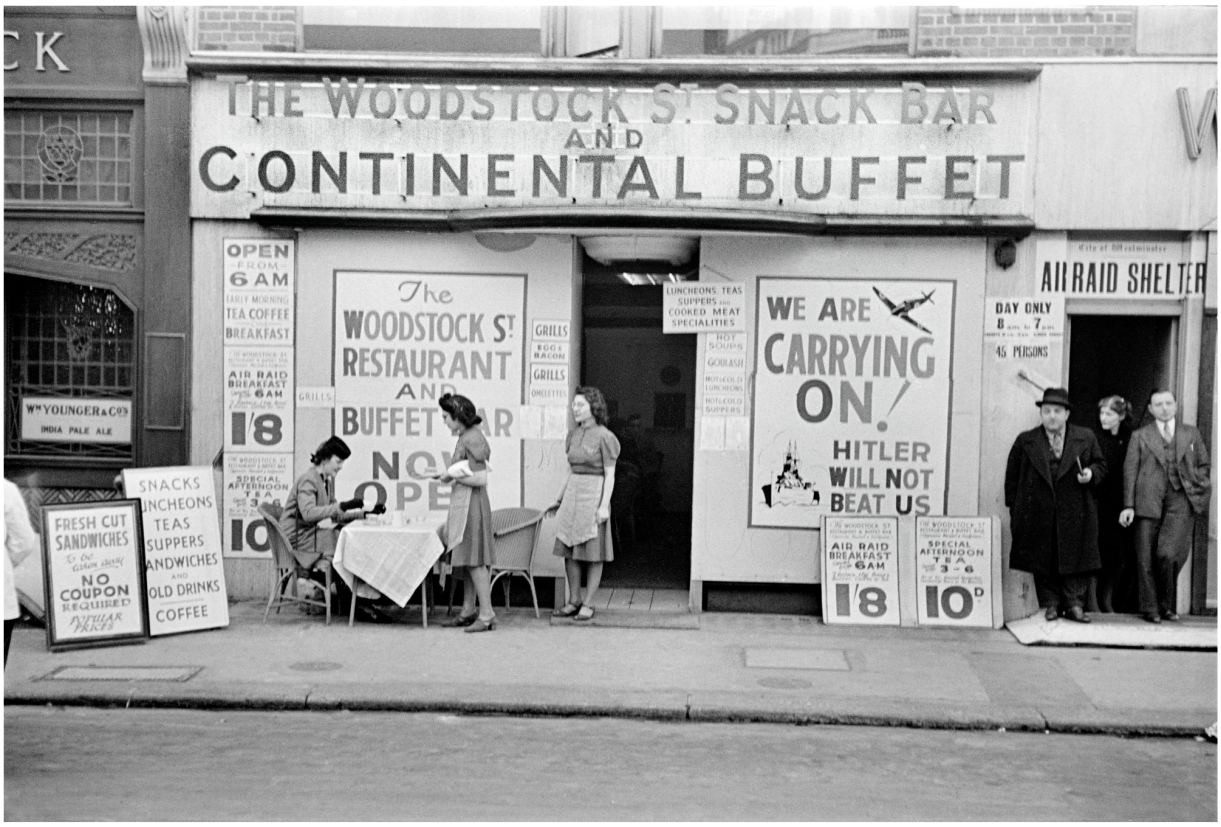
The daily Blitzkrieg

Als Johnson im August in einem Handstreich das Parlament für fünf Wochen in die Ferien schickte, kommentierte der konservative «Telegraph»: Johnsons Coup sei zwar Hochrisiko, aber es biete ihm die Möglichkeit, der dritte grosse Tory-Premier nach Churchill und Thatcher zu werden. Entweder vernichte er die Partei – oder er werde, nach vollzogenem Brexit, Neuwahlen und neuen Gesetzen, das Land auf lange Zeit regieren. Sein Job sei der eines Kriegspremiers. «Wie jeder grosse General» müsse auch Johnson die Kaltblütigkeit aufbringen, «für den Sieg einzelne Truppen zu opfern».

Diese Sorte Kommentar hat in der englischen Presse Tradition: Die meisten Zeitungen sind dezidiert konservativ. Und nie herrscht ein Mangel an Kriegsmetaphern.

In der Tat ist der Zweite Weltkrieg nirgends so wenig Vergangenheit wie in Grossbritannien. Premierministerin Margaret Thatcher trug Landkarten mit den verschiedenen Ausbreitungen Nazideutschlands in ihrer Handtasche – zur Mahnung. Und sie war und ist damit keineswegs exzentrisch. Egal, ob im Fussball oder in der Politik, in Presse und Parlament – überall

ist die Rede von Invasionen, Rückzug, Panzern, Blitz und der Pflicht, unter keinen Umständen zu kapitulieren.



«Hitler wird uns nicht bezwingen»: London, Oxford Street, 1940. George Rodger/Magnum Photos/Keystone

Der Witz dabei ist die Mischung zwischen Kampfgeist und Masochismus. Denn die Sache klappt so gut wie nie. Jeder neue britische Premierminister, der sich im Ausland widerborstig verhält, wird in der Presse als Held gefeiert. Und bei den ersten Konzessionen der Kapitulation angeklagt. Nicht umsonst ist das Wort «gedemütigt» *(humiliated)* eines der am meisten verwendeten in der politischen Berichterstattung.

Aussenminister Dominic Raab etwa sagte jüngst am Ende seiner Parteitagsrede: «Das britische Volk hat es satt, dass britische Premierminister in Europa gedemütigt werden. Es ist Zeit für den Brexit.»

Die Inflation von Demütigungen ist das Erbe des britischen Empires. Zwei Jahrhunderte stand England an der Spitze eines Weltreichs. Damals lernte man: Wenn du nicht der Kolonialist bist, bist du die Kolonie. Und fragt sich heute: Was ist man jetzt?

Kein Wunder, dominiert der Zweite Weltkrieg alle anderen Erfahrungen: denn er war eine vertrackte Mischung zwischen grösstem Sieg und faktischer Niederlage. England stieg als Weltmacht in den Krieg ein – und kam als Insel wieder heraus: Das Empire zerfiel praktisch per Kriegsende. 1947 etwa ging Indien in die Unabhängigkeit – unter der Führung eines «halbnackten Fakirs» (wie Churchill Mahatma Gandhi nannte).

Der Nachfolger und Retter und überlegene Konkurrent war ausgerechnet eine eigene abtrünnige Kolonie: die USA.

Was England blieb, war der Ruhm, allein gegen Hitler gestanden zu haben. Und die Sehnsucht nach der Einigkeit in den Jahren der Belagerung: das unbeeindruckte, harte, aufrechte Leben unter dem Blitz der deutschen Bomben. Und der Grusel vor der Invasion. Nicht umsonst ist eines der be-

liebtesten Genres der englischen Literatur das Szenario, dass Hitler den Krieg gewonnen hat. Und die Gauleiter in Westminster regieren.

Kein Wunder, übte die Europäische Union Faszination aus.

Endlich, die Invasion!

Das letzte glückliche Hurra des Empires stellte die Weichen für die Weltwirtschaft. Margaret Thatcher hatte mit einem kompromisslosen Sparprogramm und dem kompromisslosen Einsatz gegen die ebenso kompromisslosen Gewerkschaften eine Welle von Streik, Hass, Aufruhr gegen sich entfesselt. Vor dem Parlament türmten sich wochenlang Müllberge. Sie war die unbeliebteste Premierministerin aller Zeiten, als ein Wunder geschah.

Die argentinische Militärjunta besetzte am 2. April 1982 die Falklandinseln. Die Generäle hatten das radikale Sparprogramm bei der britischen Flotte für das Zeichen gehalten, England sei nicht mehr interessiert.

Es war die perfekte Invasion – 8000 Meilen von London entfernt. In wenigen Tagen wurde alles, was bei der Royal Navy noch schwimmen konnte, in Richtung Südpolarmeer geschickt: zu der winzigen Inselgruppe mit 3000-Einwohnern, weit mehr Schafen und noch mehr Wind.

72 Tage später kämpfte sich in Port Stanley ein Expeditionskorps britischer Marines den letzten Hügel hoch – Argentinien kapitulierte. Die Engländer hatten 255 Mann verloren (die meisten durch den Einschlag einer Exocet-Rakete, die England zuvor Argentinien verkauft hatte – und die das britische Radarsystem nicht als feindlich gewertet hatte). Die argentinischen Militärs verloren 649 Soldaten, das Gesicht und kurz darauf die Macht.

In ihrer Siegesrede sagte Thatcher: «Wir haben aufgehört, eine Nation auf dem Rückzug zu sein.» Und mahnte: «Warum müssen wir eine Invasion erdulden, bevor wir unseren Egoismus begraben und endlich zusammenarbeiten?»

Und sie dankte den jungen britischen Soldaten: «Zweifel und Zögern wurden durch die Zuversicht und den Stolz ersetzt, dass auch die jüngere Generation noch ein ruhmreiches Kapitel der Freiheit schreiben kann. (...) Wir sind stolz, britisch zu sein.»

Der Stolz der Sieger: Der Union Jack weht über den Falklandinseln, nachdem die argentinische Militärdiktatur die Niederlage eingestanden hat. AP Photo/Keystone

Der Besuch der Premierministerin: Margaret Thatcher begrüsst im Januar 1983 auf dem Kriegsschiff HMS Antrim Soldaten, die nach Kriegsende auf den Falklandinseln stationiert blieben. AP Photo/Press Association/Keystone

Die Folge war historisch: Im Jahr darauf wurde Mrs Thatcher mit einer Erdrutschmehrheit bestätigt. Und mit ihr ihre Wirtschaftspolitik.

Gleichzeitig mit der argentinischen Flagge über Port Stanley fielen die Gewerkschaften, die Fabriken und die Steuern. Die Telecom, die Eisenbahn, die Fluglinie British Airways wurden privatisiert – die Londoner Banken boomten. England wurde vom Industrie- zum Dienstleistungsstaat.

Thatchers Radikalität beeindruckte weltweit. Ihre Lieblingsbegründung «There is no alternative!», abgekürzt TINA, wurde der wichtigste Satz des ausgehenden 20. Jahrhunderts – als Erklärung für Massnahmen aller Art. Meist für: Der Markt solle es regeln. Die argentinische Militärjunta hatte mit der Besetzung von ein paar gottverlassenen Inseln mehr als einem neuen Wirtschaftsmodell zum Durchbruch verholfen: einem neuen Herrschaftsmodell.

Grossbritannien war für die neue Ökonomie das perfekte Labor – deshalb, weil Härte für die beste Zeit des Landes stand.

Das Ideal der Härte (1)

Das Ideal von Nonchalance in der Katastrophe ist durchaus brauchbar: für militanten Humor wie für zivile Gelassenheit.

Johnson zum Beispiel zitiert in seiner Churchill-Biografie eine Anekdote von Churchills Enkel, Sir Nicholas Soames:

> Einer der Minister, übrigens auch ein guter Freund meines Grossvaters, hatte etwas für Männer übrig, wenn Sie wissen, was ich meine. Er wurde dauernd dabei erwischt, aber damals schrieb die Presse nicht über so etwas. Also verlor niemand ein Wort darüber. Aber dann wurde er mit einem Polizeioffizier erwischt, auf einer Bank im Hyde-Park, um drei Uhr nachts – übrigens mitten im Februar.
>
> So fuhr der Fraktionschef schweren Herzens nach Chartwell und betrat das Studierzimmer, wo mein Grossvater am Schreibtisch sass.
>
> «Wo brennts, Fraktionschef?», fragte er, sich halb herumdrehend.
>
> Der Fraktionschef erklärte die peinliche Situation. «Ich fürchte, er wird zurücktreten müssen.»
>
> Eine lange Pause entstand, in der Churchill seine Zigarre rauchte. Dann sagte er: «Habe ich das richtig verstanden, dass er mit einem Polizeioffizier zusammen erwischt wurde?»
>
> «Ja, Premierminister.»
>
> «Auf einer Parkbank?»
>
> «Richtig, Premierminister.»
>
> «Um drei Uhr, mitten in der Nacht?»
>
> «Korrekt, Herr Premierminister.»
>
> «Bei diesem Wetter! Grosser Gott, mein lieber Junge – solche Dinge machen einen stolz, ein Brite zu sein!»

Das Ideal der Härte (2)

Die unangenehme Seite ist, dass harte Massnahmen nicht unbedingt immer erfolgreiche Massnahmen sind.

Als Thatcher gewählt wurde, sagte sie: «Die Briten haben den Sozialismus aufgegeben.» Die Tochter eines Krämers sah es in der Partei der Aristokra-

ten als ihre Aufgabe, Grossbritannien, wie es war, im Namen der ökonomischen Vernunft zu zerstören: Tradition, Bürokratie, die Gewerkschaften.

Thatchers Radikalität hatte Gründe. Der Sieg im Weltkrieg hatte Grossbritannien in einer gefährlichen Falle zurückgelassen: erschöpft, verarmt, aber intakt. Wie sich herausstellte, hatte die Zerstörung in Zentraleuropa ihre Vorteile. Man konnte die Industrie von Grund auf neu bauen. Spätestens in den 70er-Jahren mussten die Briten feststellen, dass die Verlierer des Kriegs, sogar die Franzosen, plötzlich dickere Bäuche, Gehälter und Autos hatten.

Eine britische Studie stellte 1971 fest, dass das Bruttosozialprodukt, aber auch das Gehalt pro Kopf in den Ländern der EWG doppelt so schnell gewachsen war wie in Grossbritannien.

Kurz: Den Krieg gewann England, den Frieden nicht.

Tatsächlich schaffte es die Eiserne Lady, Gewerkschaften, Subventionen, Budgets und halbe Ministerien zu kürzen. Der Preis war ein dreifacher: Zum Ersten verlor die britische Arbeiterklasse – stolz, rauflustig, mannschaftlich organisiert – ihre Heimat. Zum Zweiten fegte der frische Wind des Markts die grossen, rauchigen schmutzigen Industrien weg. Zum Dritten boomte vor allem eine Branche: der Finanzplatz.

Das Problem war dasselbe wie bei jedem zu gründlichen Sieg: Aus Ketzerei wird eine neue Kirche. Thatcher blieb zwar umstritten: Als sie 2013 starb, schaffte es das Lied «Ding-Dong! The Witch is Dead» aus dem Film «The Wizard of Oz» in die Hitparade. Doch kein Premierminister wagte bisher, sich gegen die letzte Kriegspremierministerin zu stellen.

Als Labour Ende der 90er-Jahre die Macht unter Tony Blair übernahm, war die Arbeiterpartei so sozialistisch wie die Starbucks-Kette. Man versuchte überall angenehme Atmosphäre zu verbreiten, aber die grossen Investitionen in neue Filialen machte man im Finanzviertel.

2008, nachdem das britische Bankensystem beinah zusammengebrochen war, kamen die Konservativen an die Macht.

Wie zuvor Labour thatcherisiert worden war, waren die Torys zu Tony-Blair-Kopien geworden. Ihr Chef David Cameron war der jüngste Premier seit über 100 Jahren, fuhr mit dem Fahrrad ins Parlament, trank Smoothies – und bezeichnete sich als «mitfühlenden Konservativen».

Doch seine Wirtschaftspolitik war Thatcher-klassisch. Diese hatte die Philosophie vertreten, dass Staat und Familienunternehmen gleich funktionierten: In der Krise musste eine Familie sparen, also auch der Staat. Camerons Slogan dazu war: *«We're all in this together»*. Britannien wurde zum Flaggschiff der Austeritätspolitik.

Nur: So tugendhaft Sparen in der Krise klingt, so erfolglos war das Rezept bisher immer in der Finanzgeschichte – Britannien strich heroisch Budgets, würgte Konsum und Kredit ab und siechte vor sich hin.

Was das in der Praxis hiess: Eine Menge Leute verloren ihre Würde. Die erste Welle war die Immobilienkrise; sie traf die Briten als traditionelle Hausbesitzer mit voller Wucht. Die zweite waren die Sparanstrengungen: Spitäler, Bibliotheken, Gemeindezentren, Schulen wurden geschlossen, ganze Strassenzüge und Plätze privatisiert (der Platz vor der City Hall in London etwa, dem Sitz des Bürgermeisters, gehört Katar), Renten und Gehälter wurden eingefroren. Dazu wurde eine Schlankheits-Bürokratie eingeführt,

die Sparpotenzial suchen sollte und Demütigungen fand. Berühmt wurden die Fälle von Behinderten, die gezwungen wurden, Linien entlangzugehen: Wer nicht das Glück hatte, dabei zusammenzubrechen, bekam Ärger mit der Rente.

Der Wir-stecken-alle-mit-drin-Slogan bedeutete: Die Leute finanzierten den Finanzplatz. Das Ergebnis lässt sich in einer simplen Statistik sehen. Die mit Abstand reichste Region Europas liegt in Grossbritannien: die City of London. Und sieben der ärmsten Regionen Westeuropas ebenfalls.

Kurz: Der mitfühlende Konservativismus Camerons produzierte Kälte. Es brauchte nur noch einen wärmenden Funken.

Im Club der Verlierer

Der Verein war den Briten von Anfang an verdächtig. Als 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) gegründet wurde, sahen das die Briten als Club der Verlierer. Der Diplomat Paul Lever schrieb: «Alle sechs Gründerstaaten hatten Besatzung und Zerstörung in der Zeit von 1939 bis 1945 erlebt. In allen Ländern herrschte das Gefühl vor, dass ihre Regierungen versagt hatten und eine neue politische Ordnung nötig ist.»

Jenseits des Kanals war die Lage nicht vergleichbar: «Unsere demokratischen Institutionen hatten nicht versagt, unsere politischen Führer hatten uns nicht verraten, unser Selbstwertgefühl war nicht zerstört. Im Gegenteil: Wir waren stolz auf unser Durchhaltevermögen und empfanden unseren Sieg als verdient. Es war tatsächlich unsere beste Zeit.»

Brendan Simms, Historiker in Cambridge, formulierte es noch knapper: «Da Grossbritannien nie besiegt oder besetzt worden war, wirkte die Vereinigung Europas auf das britische Publikum wie der Versuch, etwas zu reparieren, was nicht kaputt war.»

Als Grossbritannien 1973 doch beitrat, kam noch etwas weiteres hinzu: Man betrat ein gebautes Büro. Die EWG (und spätere EU) war bereits von Deutschland und (vor allem) von Frankreich und dessen verschnörkelter Bürokratie geprägt. Die Briten fühlten sich in Brüssel nie zu Hause.

1975 löste Labour-Premierminister Harold Wilson sein Wahlversprechen ein: mit einem Referendum zum EWR-Verbleib. (Es war das erste Referendum in Grossbritannien. Margaret Thatcher, damals noch Oppositionschefin, nannte es «ein Instrument für Demagogen und Diktatoren».)

Liest man die Voten der Abstimmungsschlacht, so sind sie verzweifelt frisch. Sie klingen wie 41 Jahre später die Debatte zum Brexit. Wie 2016 drehte sich damals das Interesse nur am Rand um Handel und Wirtschaft – das alles entscheidende Problem waren zwei völlig unterschiedliche Haltungen zum Zweiten Weltkrieg.

Die Befürworter argumentierten, dass Isolation zum Krieg geführt hatte. Ihre Slogans waren: «Nationalismus tötet», «Keine Kriege mehr», «Besser ein wenig Souveränität verlieren als einen Sohn oder eine Tochter!»

Die Gegner, auf der radikalen Linken und Rechten, sahen den Beitritt als Kapitulation im Nachhinein: «Der EWG-Beitritt ist Betrug an all den Soldaten, die gegen die Nazidiktatur gefallen sind», «Hitlers Geist platzt vor Lachen», «Glauben Sie im Ernst, dass die Deutschen uns heute mehr lieben als 1914 oder 1939?»

Kriegsmetaphern gehören in Grossbritannien zum Abstimmungskampf, auch von linker Seite: Das Plakat der Labour-Partei zum EU-Referendum 1975. AP Photo/Press Association/Keystone

Kein Wunder, war auch damals der Vorwurf von Landesverrat nicht weit. Man sprach von «München 1975», in Anlehnung an das Münchner Abkommen von 1938, das als Höhepunkt der Appeasement-Politik von England und Frankreich gegenüber Nazideutschland gilt. Und man warnte vor den Establishment-Politikern: «Sie haben sich bei Hitler geirrt. Und sie irren sich heute.»

In einer ersten Umfrage führte das Nein-Lager mit 57 Prozent. Die etablierten Parteien konnten die öffentliche Meinung erfolgreich drehen – vor allem wegen der Leidenschaft, mit denen sie das Nie-wieder-Krieg-Argument vertraten.

Am Stichtag stimmen 67,2 Prozent der Briten für den Verbleib im gemeinsamen Markt.

Innenminister Roy Jenkins kommentierte: «Die Unsicherheit ist nun Geschichte. Das Referendum verpflichtet Britannien zu Europa – zu einer aktiven, konstruktiven und begeisterten Rolle.»

Der Aufstieg der R-Gruppe. R wie Resistance

Zwei Jahre nach dem Referendum klagte der Dichter und Politiker Enoch Powell über die «brennende Angst, dass wir, die Briten, sehr bald nichts mehr haben, für das es sich zu sterben lohnt. Ja, Sie haben richtig gehört! Wofür ein Mann lebt, ist auch, wofür er stirbt – denn jedes Stück Leben ist auch ein Stück Sterben. Patriotismus heisst, ein Land zu haben, für das man zu sterben bereit ist, gerne zu sterben bereit ist – jeden einzelnen Tag in seinem Leben!»

Powell war entschiedener Antieuropäer und Abgeordneter der konservativen Partei. Die Kombination war kein Zufall: Nach Kriegsende begann in der konservativen Partei eine lange Tradition von Euroskeptikern. (Einer der allerersten, Somerset de Chair, wurde zum Schwiegervater des heutigen Victorianers und Fraktionsführers Jacob Rees-Mogg.)

In den 1930er-Jahren waren die späteren militanten Europagegner keineswegs auf der Seite des kriegerischen Churchill, sondern auf der des mit Hitler verhandelnden Chamberlain: Was die Euroskeptiker mit Europa verband, war ihre Ignoranz – sie wünschten, als Briten mit dem Commonwealth in Ruhe gelassen zu werden.

Während des Referendums 1975 sammelten sich die Anti-Europa-Torys innerhalb der Partei in der sogenannten R-Gruppe. Das R stand für Resistance (Widerstand). Ihr Chef, der Abgeordnete Neil Marten, hatte im Krieg schon für die Politik geübt: Er war mit dem Fallschirm über Frankreich und Norwegen abgesprungen, um Widerstandsgruppen aufzubauen.

Die R-Gruppe stand 1993 wieder auf, als «European Research Group» (ERG). Diese bestand aus Abgeordneten, die von zwei Dingen überzeugt waren: a) dass alle Konservativen, die im Winter 1990 gegen Margaret Thatcher gestimmt hatten, Verräter waren, b) dass aus Europa nicht Gutes kam oder kommen würde.

Die ERG überlebte die Jahrzehnte – stockkonservativ, schlecht gelaunt, ohne Kompromisse. Anfang 2000 zeigte sie ihre Macht, indem sie Iain Duncan Smith zum Parteichef der Torys machte – einen Mann, der wenig offensichtliche Fähigkeiten hatte, ausser skeptisch gegenüber der EU zu sein.

Als David Cameron um den Vorsitz kandidierte, zeigte er vorsichtig, aber deutlich mehr Europaskepsis als seine Konkurrenz. Der Plan ging auf – Cameron wurde Parteichef, dann Premierminister. In dem Moment begann der Ärger. Die ERG – bestens befreundet mit den englischen Boulevardblättern – verlangte für ihre Hilfe ihr Stück Fleisch.

Ihre Macht wuchs, weil die Partei fürchtete, dass die rechtsradikale Ukip unter dem Börsenmakler Nigel Farage die Torys die entscheidenden Stimmen bei der nächsten Wahl kosten würde.

Anfangs hatte Cameron die Idee eines EU-Referendums kühl abgelehnt. Doch als die Umfragen immer bedrohlicher wurden, kündigte er im Januar 2013 im Fall seines Wahlsiegs ein Referendum über die EU an. Zur Überraschung aller gewannen die Konservativen eine knappe Mehrheit.

Cameron versprach den Briten, die EU mit dem Referendum unter Druck zu setzen, um vor der Abstimmung bessere Verträge auszuhandeln – besonders in Sachen Einwanderung. Darauf flog er wie in einem Albtraum rund um Europa. Die EU war nicht willens, einem Clubmitglied Privilegien zu geben, nur weil deren Chef das den Wählern versprochen hatte. Am Ende

bettelte Cameron Angela Merkel an, wenigstens bei den Flüchtlingen massiv zu streichen – «sonst verliere ich». Merkel blieb hart.

Das Ergebnis von Camerons Verhandlungen, eine Sammlung unfreundlicher Paragrafen, interessierte niemanden. Kaum aus Brüssel zurück, erhielt David Cameron drei SMS von seinem Schulkollegen aus Eton und Oxford, Boris Johnson.

Im ersten schrieb Johnson, dass er leider mitteilen müsse, er trete der Leave-Kampagne bei.

Im zweiten schrieb er, dass er diesen Schritt möglicherweise noch einmal überdenken würde.

Im dritten teilte er Cameron mit, dass er doch voll entschlossen auf der Leave-Seite sei. Er fügte aber hinzu, dass er der Überzeugung sei, dass die Anti-EU-Kampagne zerquetscht würde wie eine «Kröte von einem Pflug».

Die Lügen des besten Freundes

Das andere Gesicht der Leave-Kampagne war Camerons bester Freund aus Oxford, Michael Gove. In seiner im letzten Monat erschienenen Autobiografie schildert Cameron, wie entsetzt er war, den Fernseher anzuschalten und dort zu jeder Tages- und Nachtzeit entweder seinen besten Freund oder seinen Schulfreund zu sehen – und sie dort ohne jede Rücksicht lügen zu hören.

Tatsächlich war das Konzept der Leave-Kampagne nicht allzu nah an der Wahrheit gebaut: Aus Prinzip wurden der EU alle schlimmen Dinge – Bürokratie, Jobverlust, Kriminelle, Ausländer et cetera angehängt, für den Fall eines Brexit wurden grossartige Freihandelsabkommen, Ideen, Investitionen et cetera versprochen – im Übrigen war klar, dass die EU sich alle 27-Finger danach lecken würde, mit London ein Abkommen zu schliessen – mit Vorzugskonditionen für die tapferen Rebellen.

Dazu servierte Johnson Witze über die Bürokraten von Brüssel oder das Wesen der EU als schlecht sitzende Unterhose. Die harten Polemiken übernahm Gove, der Warnungen von Wirtschaftswissenschaftlern vor einem massiven Konjunktureinbruch mit dem Satz konterte: «Das britische Volk hat die Schnauze voll von Experten.»

Er will gerne Winston Churchill sein und ist doch bloss Boris Johnson: Unterwegs mit dem roten Bus während der Leave-Kampagne (2016). Christopher Furlong/Getty Images

Doch die Leave-Kampagne hatte etwas. Dasselbe, was eine andere, ebenso überraschende politische Kampagne hatte: 2015 löste zur Verblüffung aller Jeremy Corbyn eine Welle der Begeisterung aus, die ihn zum Labour-Parteichef machte – der neue Oppositionsführer war somit ein sozialistischer Hinterbänkler, der 428-mal gegen die eigene Parteilinie gestimmt hatte.

Beide Kampagnen hatten Kampfgeist, Leidenschaft, den scharfen Geruch von Rebellion. Beide Kampagnen erzählten von Würde, beide von Stolz – bei der einen Kampagne der Stolz, ein Linker, bei der anderen, ein Brite zu sein. Beide widersprachen der Vernunft – doch das machte sie nur attraktiver. Was politische und wirtschaftliche Vernunft bedeutet, hatten genug Leute in der Austeritätszeit mitbekommen.

Die Leute hatten TINA satt, sie hatten den Satz «Es gibt keine Alternative» zu oft gehört.

Im Juni 2016 gewannen die EU-Gegner mit 52:48 Prozent. David Cameron trat postwendend zurück.

Heute, drei Jahre danach, sagt er, dass ihn die Niederlage bei der Abstimmung bis ins Grab verfolgen werde. Trotzdem glaube er, dass das Referendum richtig gewesen sei, weil man die Europafrage nicht anders hätte klären können.

Worauf mehrere Leute im Internet schrieben, dass das ganze verdammte Land bis ins Grab von Camerons Referendum verfolgt werde. Und dass 2013, als er es zum Wahlkampfhit machte, sich absolut niemand über Europa aufregte. Europa schaffte es in Umfragen nicht einmal in die Top Ten der Probleme. Der einzige Ort in ganz Grossbritannien, wo die EU ein Dauerproblem darstellte, war die konservative Partei.

In einem Wort: David Cameron hatte aus einem mittelschweren Parteiproblem die grösste nationale Krise seit dem Krieg gemacht.

Als er ging, nannte man ihn den schlechtesten Premierminister aller Zeiten.

David Cameron machte drei Fehler:

1. Er liess zu, dass seine politische Agenda von einer kleinen, radikalen Minderheit diktiert wurde.

2. Er setzte die EU mit einem Ultimatum unter Druck – und bekam nichts als ein paar Dutzend Seiten Kleingedrucktes. (Auch die eigenen Parteikollegen damit unter Druck zu setzen, kann schiefgehen. Plötzlich stimmen diese anders ab.)

3. Die Idee, dass ein britischer Premierminister mit genügend Härte stärker als ein bürokratisches Europa sei, war eine tödliche Idee. Deshalb, weil sie in den britischen Medien nur zu gut funktionierte – aber in der Wirklichkeit nicht. Der Premier zieht als Churchill aus und kehrt als Chamberlain zurück.

Wie Cameron auf LSD oder May auf Speed

Theresa May beging die gleichen drei Fehler, nur radikaler. Sie schürte die Erwartungen mit Sätzen wie: «Wir werden einen hervorragenden Brexit liefern» oder «Kein Vertrag ist besser als ein schlechter». Und dann setzte sie eine Zeitbombe in Gang: Sie aktivierte ohne Not den Austrittsartikel 50 – von diesem Moment an blieben ihr nur noch exakt zwei Jahre bis zum Austritt.

Bei den Verhandlungen setzte May wie ihr Vorgänger auf Testosteron. Das britische Verhandlungsteam war nur knapp Mitte 30 – eine junge Generation sollte ihre Zukunft erkämpfen.

Über den Zwischenstand redete sie mit niemandem – schon gar nicht mit der Opposition. Die Einzigen, die bei ihr Echo fanden, waren eine kleine radikale Minderheit: die Nationalisten von der ERG, die sie mit Sätzen wie «Ein Weltbürger ist ein Bürger von nirgendwo» zu erfreuen versuchte.

Als Ergebnis knallte May dem Parlament eines Morgens unvermittelt den kompletten Scheidungsvertrag von 599 Seiten auf die Pulte. Ein Monster aus Papier, gefüllt mit Paragrafen und Kompromissen. Kein Wunder, war niemand begeistert.

May wiederholte nun Mal für Mal: «Das ist der bestmögliche Deal.» Doch ihre zentrale Strategie war nicht Überzeugung, sondern Erpressung: das Parlament mit dem Ablauf-Ultimatum des Brexit unter Druck zu setzen.

Die European Research Group dankte May für drei Jahre Anbiedern mit einem Totalverriss ihres Deals – weil er nicht im Geringsten das enthielt, was die Brexit-Propagandisten ihren Anhängern versprochen hatten. Der Chef der ERG, Jacob Rees-Mogg, leitete persönlich den Misstrauensantrag gegen May ein.

Sie wurde die erste Premierministerin, die dreimal dieselbe Abstimmung verlor. Als sie ging, nannte man sie die schlechteste Premierministerin aller Zeiten.

Das änderte, als ihr Nachfolger Boris Johnson ins Amt kam. Er war wie Cameron auf LSD oder Theresa May auf Speed. Er hievte die kleine radikale

Minderheit der ERG nicht nur ins Zentrum seiner Agenda, sondern gleich ins Zentrum seiner Regierung – alle Schlüsselministerien wurden mit harten Rechten und Brexiteers besetzt.

Bereits seine ganze Wahlkampagne hatte aus einem einzigen Ultimatum bestanden: Wir liefern den Brexit am 31. Oktober, egal, was passiert.

Seine Heldengeschichte beim Duell nach Europa übertraf alles Dagewesene. Johnson bezeichnete sich als Hulk («je wahnsinniger, desto stärker»), warf 21 Gegner aus der Partei, schloss das Parlament aus, wurde verurteilt, kündigte an, Urteile des Gerichts oder Gesetze der Opposition nicht anzuerkennen, weigerte sich, der EU Schriftliches zu seinem Deal zu geben – und als er sein Papier endlich lieferte: *Take it or leave it.*

Dazu sprach er im Parlament, als herrsche Krieg: «Verräter», «Feinde des Volkes», «Zusammenarbeit mit dem Feind», «Kapitulationsgesetz», «Betrug an der Demokratie».

Diesem Pathos sah die EU in fast schon komischer Gelassenheit zu.

Als Johnson dann endlich seinen Deal veröffentlichte, war es ein Cocktail aus mehreren untauglichen oder abgelehnten Vorschlägen zur irisch-nordirischen Grenze. Das Kernstück, das Konzept für eine Grenze ohne physische Bauten, bestand aus dem Versprechen einer noch nicht erfundenen Technologie.

Die Diplomaten der EU sagten Diplomatisches, doch liessen sie keinen Zweifel an dem Verdacht, dass es Johnson nur darum ging, ihre Zeit zu stehlen. Und die Schuld über den Ärmelkanal zu schippern.

Doch das wirklich Charakteristische an Johnsons Plan war, dass er nur mit einer Partei ernsthaft verhandelt hatte: mit seiner nordirischen Koalitionspartnerin DUP.

Es war die Essenz schon der gesamten Brexit-Affäre: Die Briten stritten, verhandelten, planten und hielten zahlreiche Grundsatzreden – ausschliesslich für Briten.

Die EU interessierte niemand.

Die Wiederauferstehung Churchills

In seiner Biografie weist Boris Johnson darauf hin, dass Churchill 1940 zu Recht bei der eigenen Partei zutiefst verdächtig war. Er war als Parteisoldat notorisch untreu, ein Egoist, ein Trinker, der schon mehrere zivile und militärische Kommandos vermasselt hatte. Kurz: Ist Johnson – unpräzis, umstritten, aber begabt – die Wiederkehr Churchills?

Die Antwort ist: nein. Bei allen Tricks und Übertreibungen: Die Wucht von Churchills Reden ergab sich dadurch, dass er allen Bullshit strich – und nur das sagte, was er wirklich dachte. So ist etwa seine berühmte Rede ...

> Wir werden in Frankreich kämpfen, wir werden auf den Meeren und Ozeanen kämpfen, wir werden mit wachsendem Vertrauen und wachsender Kraft in der Luft kämpfen, wir werden unsere Insel verteidigen, was auch immer es kostet, wir werden an den Stränden kämpfen, wir werden auf den Landungsplätzen kämpfen, wir werden auf den Feldern und auf den Strassen kämpfen, wir werden in den Hügeln kämpfen; wir werden uns nie ergeben.

... gerade deshalb so wirksam, weil sie nicht die Geschichte eines Triumphs, sondern die eines Rückzugs erzählt.

Dagegen sind Johnsons improvisierte Reden Toastbrötchen. Und vor allem: Johnson lügt – sogar sehr oft. Er versicherte in den letzten Wochen etwa, das Parlament nicht schliessen zu wollen, keinen No-Deal-Brexit anzustreben und die 21 Rebellen nicht endgültig aus der Partei werfen zu wollen. Und arbeitete energisch am Gegenteil.

Das Problem ist, dass Johnson nicht allein auf der Blumenwiese ist. Denn in Grossbritanniens Politik herrscht seit dem Brexit Märchenzeit. Es ist von so vielen Leuten so viel Unfug erzählt worden, dass die Realität kaum noch Gewicht hat.

So wenig Gewicht, dass sich sogar die Ziele vieler Akteure um 180 Grad gedreht haben.

- Der No-Deal-Brexit, lange einmütig von allen Lagern als Katastrophe gefürchtet, ist nun offizielles Regierungsziel.
- Der No-Deal-Brexit wird als «harter, sauberer Brexit» gepriesen – danach sei die Zeit des Brexit-Ärgers vorbei. Das Problem ist, dass danach Jahre, vielleicht Jahrzehnte beginnen, in denen alles Mögliche neu ausgehandelt werden muss: Transport, Zölle, Universitätsstudien, Energie, Medikamente (Grossbritannien stellt etwa keine radioaktiven her– muss also alle Krebsmedikamente importieren), Haustiere, Kriminalinformationen, Erfindungen und Entwicklungen et cetera.
- Viele stimmten für den Brexit – gegen die Bürokraten aus Brüssel. Nur kommt im Fall eines geordneten Brexit auf britische Firmen und Reisende eine Flut von neuen Formularen zu. Bei einem No-Deal-Brexit kommt noch Schlimmeres: zunächst nichts. Man wird nicht einmal wissen, welche Formulare es braucht.
- Die Brexit-Politiker sagten, sie wollten mehr Souveränität für das Land, das Parlament, die britischen Gerichte. Nun haben dieselben Politiker das Parlament geschlossen, das oberste Gericht für politisch befangen erklärt. Und von Kontrolle kann nirgends mehr viel die Rede sein.
- Nach dem Brexit hat die Regierung das Ziel, endlich auf Augenhöhe wichtige Handelsabkommen zu schliessen, zuvorderst mit den USA, China, Indien. Das Problem ist, dass es keine Augenhöhe bei Handelsabkommen gibt – es gibt nur grössere und kleinere Märkte. Das heisst: Auf Grossbritannien als kleinere und bedürftigere Nation wartet statt Partnerschaft eine Diktatur – sowohl bei den Marktnormen wie politisch. Die USA wird etwa kein Abkommen mit China zulassen, China umgekehrt, Indien hat noch nicht einmal ein Abkommen mit der EU getroffen unter zehn Jahren Verhandlungszeit.
- Mays Deal, von den harten Konservativen bis ins letzte Komma verdammt, ist unter Johnson mit wenigen Retuschen plötzlich akzeptabel.
- Johnson versprach am Parteitag der Torys, dass er zehn moderne Krankenhäuser bauen will, während seine Innenministerin sich rühmt, möglichst viele Ausländer abzuschieben und «die Personenfreizügigkeit ein für alle Mal» abzuschaffen. Woher nimmt der Premierminister das Personal? Schon heute fehlen 10'000 Krankenpflegerinnen.
- Die grösste Wahlempfehlung für Boris Johnson ist ausgerechnet der Mann, dessen Job es wäre, ihn abzulösen: Labour-Chef Jeremy Corbyn. Er schaffte es, dass Labour seit drei Jahren keine klare Position zum Brexit hat. Und als der Parteitag beinah für «Bleiben!» stimmen wollte, setzte Corbyn durch, dass die offizielle Position Labours folgende ist: Labour wird (weil es das sagte) in Brüssel neu verhandeln, um einen besseren Deal zu bekommen. Dann wird Labour ein zweites Referendum orga-

nisieren, bei dem man zwischen Deal und Bleiben wählen kann. Was von beidem Labour empfiehlt, wird erst ein Parteitag nach den Wahlen feststellen.

- Als Johnson 21 der Rebellen freistellte, sagte man bei Labour, dass man den Krach bei den Konservativen nutzen sollte. Man tat es, indem Corbyns Leute in einer geheimen Sitzung dessen liberaleren Vize abschiessen wollten – der erfuhr es per SMS beim Essen in einem chinesischen Restaurant.

Kurz, Richard Brautigan hat recht: Wir sind, was wir uns vorstellen. Und deshalb müssen wir sehr vorsichtig sein mit dem, was wir uns vorstellen.

Das Reich des «als ob»

Ganz offensichtlich hat die Vorstellung von einstiger Einigkeit, Einsamkeit und Ehre den Briten nicht gutgetan.

Denn seit der Brexit als Plan existiert, existiert die Politik im Reich des «als ob». David Cameron handelte, als ob das Problem seiner Partei das Problem des Landes wäre. Theresa May tat so, als ob sie den Deal erreichen könnte, den verantwortungslose Politiker ihren Wählern versprochen hatten. Boris Johnson handelte, als ob er Churchill wäre, als ob das Datum vom 31. Oktober eine Deadline auf Leben und Tod wäre, als ob er einen Plan hätte, als ob ein Krieg von aussen eingebrochen wäre und nicht er persönlich kräftig verantwortlich wäre.

Ganz allgemein handeln die Briten, als ob sie noch eine Weltmacht mit Empire wären, als ob in Brüssel Nazis in Büros sässen, als ob durch Einsamkeit Einigkeit zu erzwingen wäre, als ob die Siege in der Vergangenheit nicht die Niederlagen in der Zukunft wären.

Wahrscheinlich würde Churchill, falls er wiederkommen würde, nun dieselbe Durchhalterede halten wie der Satiriker John Oliver:

> Oh, we have not even begun to fuck ourselves. We shall fuck ourselves at the ports. We shall fuck ourselves at the shops. We shall fuck ourselves in the hospitals and in the fields. We shall never surrender.